

Die Souveränität des Finanzregimes

Der Literatur- und Kulturwissenschaftler Joseph Vogl ist in den Debatten um die Gründe und Auswirkungen der Finanzkrise 2008 sicher einer der originellsten Denker. Ihn beschäftigen unter anderem die historischen Gründe für den stetig wachsenden Einfluss privaten Kapitals und den zeitgleichen Souveränitätsverlust staatlichen Einflusses auf soziale, politische und ökonomische Entwicklungen.

Herr Vogl, Sie sind Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft: Gibt es eigentlich einen oder gar *den* literarischen Text zur Finanzkrise?

Es gibt eine ganze Reihe von Texten zu Finanzkrisen. Ich würde beispielsweise Don DeLillo's „Cosmopolis“ empfehlen, wo der Tagesablauf eines Hedgefonds-Managers geschildert wird, der tatsächlich einerseits im Crash, andererseits im Tod endet, und wo Lebenskurve und Börsenverlauf auf eine eigentümliche Weise parallel gehen. Mit Blick in die Historie sind Wirtschafts- und Finanzkrisen immer von ganz pointierten literarischen Texten begleitet worden. Denken Sie an die berühmte Papiergeldszene in „Faust II“, die an verschiedene Finanzkrisen des 18. und 19. Jahrhunderts erinnert; denken Sie an den Roman „Das Geld“ von Zola, in dem eine Spekulationskrise vor dem Hintergrund des zweiten französischen Kaiserreichs im 19. Jahrhundert dargestellt wird. Im Grunde genommen gibt es zu jeder großen Verwicklung auf den Finanzmärkten – Finanzkrisen, Spekulationskrisen, Crashes – auch Schlüsseltexte aus der Literatur, die darin einen ganz eigenen Schauplatz sozialer Turbulenzen ausgemacht hat.

Es ist nicht die Regel, dass ein Literaturwissenschaftler kenntnisreiche Bücher zur Finanzmarktkrise verfasst. Warum interessieren Sie sich seit ein paar Jahren für die Ursachen und Folgen der Finanzkrise 2008?

Aus zwei Gründen: Zunächst habe ich mich für die Entstehung der politischen Ökonomie im 18. Jahrhundert aus kultur- und literaturhistorischer Sicht interessiert und konnte dabei feststellen, wie die Ökonomie im Laufe des 18. Jahrhunderts zu einem zentralen Programm für die Beschreibung sozialer Prozesse geworden ist. Ökonomie wurde zu einem hegemonialen Regierungs- und Gesellschaftswissen.

Wie konnte es dazu kommen?

Ein wichtiger Ausgangspunkt war die Entstehung Europas nach dem Westfälischen Frieden im Jahr 1648. Zwei zentrale Fragen beschäftigten damals alle entstehenden Territorialstaaten: Wie konstituiert sich Europa durch ein neues Gleichgewicht der Kräfte? Und wie lassen sich vor dem Hintergrund der Entvölkerung Europas die Pflege von Bevölkerungen, wirt-

schaftliche Missstände, Nahrungsmittelkrisen beheben? Der Begriff des *Reichtums* an Bevölkerungen, an Waren, an Nahrungsmitteln wurde damals zum zentralen Spieleinsatz der Politik in den europäischen Ländern.

Und der zweite Grund Ihrer Motivation?

Der zweite Grund war die Frage: Lässt sich die Beschäftigung mit Geschichte, wie ich es seit geraumer Zeit tue, in irgendeiner Weise fruchtbar machen für die Analyse der Gegenwart?

Und, ist es so?

Ja; zumindest gehe ich von der Hypothese aus, dass die Geschichte oder die Herkunft von Gegenwartsphänomenen dazu beiträgt, die Selbstverständlichkeit bestimmter Sachlagen, mit denen wir im Augenblick konfrontiert sind, infrage zu stellen, Sachverhalte in ein neues Licht zu rücken und damit natürlich auch eine Handhabe für andere Formen der Analyse zu bieten.

Sie analysieren eine historisch kontinuierliche Entwicklung wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen Staaten und Märkten von öffentlichen Institutionen und privaten Finanzinteressen. Was meinen Sie genau?

Ich meine damit, dass die Entstehung – und ich spreche ausdrücklich vom Finanzwesen und von Finanzmärkten – des neuzeitlichen und modernen Finanzwesens elementar mit der Entstehung moderner Staatsapparate verbunden ist und dass sich dabei eine folgenreiche Symbiose von Regierungen auf der einen Seite und finanzkräftigen Investoren auf der anderen Seite ergeben hat.

Lässt sich dies zeitlich festlegen? Oder anders gefragt: Gibt es einen Startpunkt?

Es beginnt sehr früh. Diese Entwicklung lässt sich bereits an norditalienischen Stadtstaaten beobachten, etwa an der Republik Genua. Bereits im 12. Jahrhundert hat sie private Finanziers in die Ausübung von Regierungspolitik eingebunden und damit wiederum auch bestimmte Souveränitätsrechte an private Konsortien abgetreten. Souveränitätsrechte wie Gerichtsbarkeit, die Möglichkeit, Flotten und Heere einzusetzen, Kolonien selbst zu verwalten. Ein wichtiger Startpunkt für die Entstehung des modernen oder neuzeitlichen Kapitalismus waren die Vereinigten Niederlande ab dem 17. Jahrhundert. Hier wurden verschiedene Institutionen geschaffen, die zu der Symbiose von Staatsmacht und Finanz beigetragen haben: die Entstehung beispielsweise von Handelskompanien, Ostindienkompanie oder Westindienkompanie, die im Staatsauftrag, aber auch als private Aktiengesellschaften operierten; oder die Einrichtung einer frühen Form der Zentralbank, wie die Amsterdamer Wechselbank; und natürlich die Schaffung eines Börsenschauplatzes, die Amsterdamer Börse, auf dem dann sehr schnell Aktien und Staatsanleihen gehandelt wurden.

Wie ist die Situation heute?

Grob gesagt ist die heutige Entwicklung durch zwei Elemente geprägt. Ganz wesentlich ist dabei die Entstehung und Institutionalisierung unabhängiger Zentralbanken. Sie haben spätestens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Funktion zur Sicherung des Finanz- und Währungssystems übernommen. Mit ihrer Unabhängigkeit geht zugleich ein verminderter Zugriff von Regierungsorganen, Exekutive und Legislative, einher.

Der zweite Punkt ist die seit den 1980er-Jahren maßgeblich von Großbritannien und den Vereinigten Staaten forcierte Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. Mit dem damit verbundenen exponentiellen Anwachsen des Volumens der Finanztransaktionen haben sowohl internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds enorm an Bedeutung gewonnen, ebenso aber auch global operierende Investmentgesellschaften und Privatunternehmen mit öffentlichem Auftrag, so etwa die Ratingagenturen.

Was waren die politischen Motive in den 1980er-Jahren?

Es sind wahrscheinlich verschiedene Faktoren, die eine Rolle spielen. Auf der einen Seite ein Abrücken vom Keynesianismus der Nachkriegszeit und von einer Politik, die spätestens bis in die 1970er-Jahre hinein die internationale ökonomische Ordnung bestimmt hat. Ein wesentlicher Punkt für das Ende dieser Ordnung war das Ende des Abkommens von Bretton Woods, das ja nicht zuletzt aufgrund der amerikanischen Schuldenkrise beendet wurde und dazu geführt hatte, dass nun die Devisenkurse der großen Industriestaaten zueinander zu floaten begannen und damit in hohem Maße Währungsrisiken in sich bargen. Dies rief die Notwendigkeit auf den Plan, beispielsweise durch Devisenderivate den internationalen Handels- und Kapitalverkehr abzusichern.

Ein zweiter Punkt ist ideologischer Natur, und zwar die Entstehung dessen, was man heute Neoliberalismus nennt. Dieses Denken ist ganz wesentlich verbunden mit der elementaren Hoffnung, dass bestimmte – auch öffentliche – Funktionen besser durch private Märkte übernommen werden können. Etwa die Privatisierung von Staatsunternehmen in allen westlichen Industrienationen; oder die Frage, ob sich nicht bestimmte Vorsorgeleistungen – Krankenversicherung, Altersversorgung – besser auf den Märkten als über staatliche Versicherungsanstalten einrichten ließen. Hier gibt es ein ideologisches Moment, das sich elementar in der Ausweitung und Verstreuung von Wettbewerbsszenarien über das Fleisch der Gesellschaft hinweg niederschlug.

Wie konnte sich ein derartiges Denken und Handeln durchsetzen?

Zunächst schien es eine Win-Win-Situation zu sein: Man hatte z. B. die Unabhängigkeit des Finanzwesens durch die Garantie unabhängiger Zentralbanken als Voraussetzung dafür gesehen, dass man sich – auch mit Blick auf die Finanzierung von Volkswirtschaften – die Investoren auf den Märkten günstig stimmt; unabhängige Zentralbanken garantieren bestimmte geldpolitische Maßnahmen, also etwa Preisstabilität oder Inflationsbekämpfung und damit natürlich in letzter Konsequenz auch Investorenschutz. Umgekehrt konnte sich

die Politik von gewissen Verantwortungen befreien. Zentrale wirtschaftspolitische Fragen wurden nun von geldpolitischen Prioritäten abhängig gemacht. Man konnte sich auf glückliche Sachzwänge berufen und die eigenen Hände in Unschuld waschen.

Zum Beispiel?

Etwa dann, wenn man nun z. B. Beschäftigungs- und Lohnpolitik und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit mit Rücksicht auf Preisstabilität und auf die Regungen der Finanzmärkte zurückstellen musste. Sachzwänge eben. Das war für beide Seiten eine durchaus erfreuliche Konstellation: Regierungen sorgten für ein investorenfreundliches Klima, die Finanzmärkte nahmen den Regierungen die Verantwortung für wirtschaftspolitische Entscheidungen ab. Spätestens seit den Wahlen in Griechenland 2015 hat sich diese Situation plötzlich als dramatische politische Konfliktlage zugespitzt. Sie hat die ganz wesentliche Frage aufgeworfen, ob nicht die Orientierung an der Logik und an der Dynamik des Finanzmarkts und die Orientierung an dem, was man Wählerwillen, Volkssouveränität, Mehrheitsentscheidungen nennt, zu einer elementaren politischen Konfrontation führen.

In Diskussionen kursiert vielfach der Begriff des „enthemmten Finanzmarktes“. Ist das tatsächlich eine adäquate Beschreibung?

Enthemmung klingt sehr moralisch. Das internationale Finanzsystem – oder das, was man etwas ratlos die Finanzmärkte nennt – ist keineswegs enthemmt, sondern ein höchst reguliertes System. Es gibt nicht nur Zentralbanken, internationale Organisationen, IWF, Weltbank etc. Es gibt auch ein sehr dichtes Geflecht an internationalen Abkommen, Aufsichtskomitees, privaten Regulierungsinstanzen, Lobbygruppen, Interessenvertretungen, Schiedsgerichten. Unter Wirtschaftswissenschaftlern wurde in diesem Zusammenhang bereits der Begriff des „regulativen Kapitalismus“ geprägt; eines Kapitalismus also, der nicht einfach enthemmten oder freien Märkten folgt, sondern ein globales Regulierungsnetz von staatlichen, halbstaatlichen und privaten Institutionen erzeugt hat.

Ein weiterer Punkt liegt in der rasanten Veränderung in Eigentumsbegriffen. Der skandinavisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Thorstein Veblen hat diesen neuen Eigentübertyp bereits im 19. Jahrhundert den *absentee owner* genannt. Shareholder würde man heute sagen. Demnach existiert eine bestimmte Form des frei verfügbaren Kapitals, das nicht mehr unmittelbar mit Industrieanlagen, mit der Modernisierung von Produktionseinheiten etc. verbunden ist und das nun auf den internationalen Finanzmärkten neue kollektive Interessenvertreter – etwa in Investmentgesellschaften – gefunden hat. Dieses Kapital hat den großen Vorzug, jeder territorialen, nationalen, aber auch unternehmerischen Verpflichtung enthoben zu sein. Es operiert global, folgt den jeweils günstigsten Investitionsbedingungen und Rechtsstandorten, es fasst die liquiden Kapitalien von Privatpersonen, Firmen, Großunternehmen zu Kapitalgesellschaften, zu einer Art Kollektivkapitalisten zusammen.

Allein das Volumen dieses nach profitablen Anlagen suchenden Kapitals hat eine neue Situation geschaffen, die überhaupt nichts mit Enthemmung zu tun hat, sondern schlichtweg eine jüngste Form des Kapitals repräsentiert, mit der man durchaus einen Konflikt zwischen

dem älteren Industriekapitalisten auf der einen Seite und dem Finanzkapital auf der anderen Seite feststellen kann. Ein Beispiel: Als Margret Thatcher in den 1980er-Jahren ihre radikalen finanzökonomischen Reformen durchgesetzt hat, war der britische Unternehmerverband einer ihrer schärfsten Gegner. Und tatsächlich wurde damit ja die erfolgreiche Deindustrialisierung Großbritanniens eingeleitet. Das reicht bis in die Unternehmensstrukturen hinein, z. B. in die Umwandlung von Großunternehmen zu Finanzierungsgesellschaften: Heute stammt der größte Gewinnanteil von Firmen wie General Electric oder Ford aus Finanzdienstleistungen.

Sie konstatieren in Ihrem aktuellen Buch unter anderem einen Souveränitätsverlust für staatliche Institutionen. Dieser Verlust bedeutet für die USA oder Deutschland etwas anderes. Mit Blick auf die Situation in Deutschland: Jahrzehntlang gab es über die Parteigrenzen hinweg einen wohlfahrtsstaatlichen Grundkonsens. Dieser Konsens war konstitutiv für die Demokratie, wird aber seit etwa 20 Jahren infrage gestellt. Ist also die wahre Substanz hinter den eher formalen Kriterien des Souveränitätsverlustes nicht der politisch gewollte Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen? Sprich: Gerät der demokratische Staat sowohl von innen wie von außen unter Druck?

Ja, natürlich. Sie sprechen vom sogenannten „Wohlfahrtskompromiss“ der alten Bundesrepublik. Man war sich vor dem Hintergrund der Erfahrungen der 1920er- und 1930er-Jahre mit den großen Inflations- und Wirtschaftskrisen (und den politischen Folgen) zunächst einig, dass der Kapitalismus nur unter einer ganz strengen Hegung seiner Dynamiken weiter funktionieren würde. Der Wohlfahrtskompromiss war ein Versuch, ein kapitalistisches System vor seinen eigenen Gefährdungen zu retten. Dies galt mit Blick auf immanente Krisen, auf die mögliche Zuspitzung sozialer Gegensätze und Konflikte. Der Sozialstaat, die „soziale Marktwirtschaft“ waren Präventivmaßnahmen zum Erhalt des Systems. Nun wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren jedoch erkennbar, dass dieses kapitalistische System offenbar sehr viel mehr Elend verträgt, als man erahnt hatte; dass die Ungleichheiten wachsen können, ohne dass das System an seinen internen Widersprüchen zugrunde geht. Ich denke, dass sich seit den 80er-Jahren die zynische Einsicht durchgesetzt hat: Große Reichtumsdivergenzen, große Vermögensdifferenzen schaden dem System keineswegs. Irgendwann wird sich schon ein Trickle-down-Effekt einstellen. Man liebte damals dieses Bild: Die steigende Flut hebt auch die kleinen Boote empor.

Es wird mit Blick auf die Agenda 2010 von Teilen der politischen Klasse den sogenannten Krisenländern in Europa immer wieder gesagt: „Macht bitte auch solche Reformen, dann geht es euch besser.“ Dahinter steht ja ein kritikwürdiger Reformbegriff. Vor 30 bis 40 Jahren war der Begriff „Reform“ noch damit verbunden, dass es möglichst vielen Menschen gut gehen sollte. Inzwischen ist Reform verbunden mit Sozialabbau, Austerität, Sparen. Welcher politische Impetus steckt dahinter?

Zunächst einmal hat man sich in etwas begeben, was Wirtschaftswissenschaftler schon seit den 1980er-Jahren das „Gefängnis des Markts“ nennen. Das heißt: Durch bestimmte politi-

sche, steuerpolitische, finanzmarkttechnische Reformen ist eine Situation eingetreten, in der eine wesentliche Drohung für gegenwärtige Volkswirtschaften und Nationalstaaten darin besteht, dass Kapitalflucht einsetzen könnte. Um das zu verhindern, hat man sich von staatlicher Seite in ein konditioniertes Verhältnis zu diesen Märkten begeben, man übt sich im Reputationswettbewerb, wirbt mit einer guten oder schlanken Figur um die Gunst der Märkte. Zugespitzt gesagt: Darin vollzog sich ein Wechsel von einem regierungsgesteuerten zu einem marktgesteuerten Finanzsystem. Das „Gefängnis des Markts“ hat also die Wirkung einer Geiselnahme erzeugt und ist in seinen Konsequenzen noch unabsehbar. Zugleich sind damit die besten Voraussetzungen für etwas geschaffen worden, was der amerikanische Anthropologe Jeffrey Winters „Reichtumsverteidigungspolitik“ nannte: die strukturelle Privilegierung zinsbringender Vermögen.

Ist diese Entwicklung mit Blick auf die Geschichte so angelegt oder hat das Ganze eine völlig neue Zuspitzung erfahren?

Ein wichtiger Punkt in diesem in letzter Konsequenz angelsächsischen Wirtschaftssystem ist die Zeit Anfang der 1970er-Jahre, in der vor allem die Vereinigten Staaten als *die* dominante Weltwirtschaft ein zweifaches Problem hatten: ein Handelsbilanzdefizit und eine Staatsschuldenkrise. Dieses doppelte Problem – so eine Hypothese dazu – konnte nur unter der Bedingung gelöst werden, dass andere Staaten in der Bedienung amerikanischer Schulden mit einbezogen wurden. Damals wurden tatsächlich einige Maßnahmen eingeleitet, die Länder mit starkem Exportüberschuss dazu brachten, Gewinne, die im Außenhandel mit den Vereinigten Staaten erzielt wurden, in amerikanische Finanzmärkte zu investieren. Das war ein wichtiger Startschuss für den „Take-off“ dieses Systems.

Was kann getan werden, dass Demokratie- und Sozialabbau in Deutschland und Europa nicht noch weiter vorangetrieben werden?

Die Frage wird sein, ob es denjenigen, die unmittelbar von Krisen dieser Art betroffen sind – vor allem ein nicht unbeträchtlicher Teil der Lohnabhängigen wie auch der Arbeitslosen –, gelingt, sich zur Formulierung gemeinsamer Interessen durchzuringen. Eines ist deutlich: Man wird die Interessen von Lohnabhängigen nicht mehr dadurch vertreten können, dass man im Namen des Wirtschaftswachstums ausschließlich die Interessen von Unternehmen vertritt. Denn elementare Dynamiken des Wirtschaftswachstums kommen bei großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr an.

Nun unterstellt man ja insbesondere Arbeitslosen aus berechtigten Gründen keine große Neigung zu Protest. Wo sehen Sie denn Akteure, die dieses mögliche Protestpotenzial aufgreifen könnten, um dann dem eine Stimme zu geben?

Diese Akteure sind ja nicht zu übersehen, in Spanien, in Griechenland. Und was Deutschland betrifft, das sicher zu den Profiteuren der sogenannten Reformprogramme zählt, lassen sich wohl unterschiedliche Schauplätze ausmachen.

Das heißt?

Denken Sie an eine Art „inneres Griechenland“ in Deutschland – die vielfach prekäre finanzielle Lage der Kommunen. Nur zur Erinnerung: Einem investitionssuchenden Privatkapital von ca. 1,4 Billionen Euro steht hier eine massive Verschuldung der Kommunen gegenüber, die ihre Infrastrukturen – vom Freibad über Stadtbibliotheken bis zu Straßen etc. – nicht mehr finanzieren können. Während Immobilien- und Aktienmärkte boomen, verwahrlosen öffentliche Infrastrukturen. Das geht die Leute direkt an, hier liegt ein Widerstandsreservoir bereit.

Das große Problem in diesem Zusammenhang ist die sogenannte Schuldenbremse.

Ja, Schuldenbremsen, Fiskalpakte, Stabilitätspakte ...

Diese sind wiederum politisch eingeführt worden.

Ja. Während es auf der einen Seite durchaus sinnvoll ist, eine eskalierende Staatsverschuldung zu bekämpfen, wäre auf der anderen Seite ganz konkret danach zu fragen, welche öffentlichen Investitionen unverzichtbar bleiben. Staatsschuld ist kein monolithischer Block, und die rein arithmetische Orientierung an sogenannten Schuldenbremsen ist ein völlig willkürliches, fiktives Datum.

Welche Rolle kann und sollte demokratisch legitimierte Politik künftig noch spielen?

Jene Regierungen, die sich auf ein demokratisches Repräsentativsystem berufen, sollten auch rhetorisch, sachlich und praktisch elementare Fragen des Gemeinwohls zur Maxime des Handelns machen und das nicht einfach als Bagatelle begreifen. Es war schon bemerkenswert, wie nach den letzten Wahlen in Griechenland so etwas wie Volkssouveränität insbesondere in Deutschland als geradezu illegitime Regung disqualifiziert wurde.

Ist dieses Denken nicht eine konsequente Fortsetzung von der sogenannten „marktkonformen Demokratie“, von der Bundeskanzlerin Angela Merkel einst sprach?

Ich bin nicht sicher, ob die Bundeskanzlerin die begriffliche Dimension der marktkonformen Demokratie erfasst hat. Marktkonforme Demokratie würde nämlich die Identität von Freiheit und ökonomischer Freiheit bedeuten. Daraus ließe sich folgern, dass politische Partizipation auch ökonomische Teilhabe verlangt. Und gerade darum drehen sich die gegenwärtigen Konflikte.

Abschließend: Wie sähe der Roman der gegenwärtigen Finanzkrise aus?

Ich würde vielleicht weniger einen Roman als eine Novelle empfehlen, die ja von „unerhörten Begebenheiten“ handelt. Nehmen Sie etwa jene vier Tage im September 2008 – vom

Freitag, den 12. September, bis Montag, den 15. September –, als man auf die Pleite von Lehman Brothers zusteuerte: eine überaus lehrreiche Geschichte. Private und öffentliche Akteure, hektische Telefonate und Meetings, unterschiedlichste Interessen, Handlungsdruck, politische Rücksichten und Fehleinschätzungen, kleine Sturheiten, Missverständnisse und schnelle Umschwünge, ernsthafte Absichten und trügerische Hoffnungen – all das hat dazu geführt, dass in der Nacht von Sonntag auf Montag irgendwie, halb gewollt, halb ungewollt, die Entscheidung fiel, Lehman nicht zu retten. Was sich hier durchsetzte, war ein Gesetz der unbeabsichtigten Folgen und führte zu einer Finanznovelle, die von Heinrich von Kleist hätte stammen können. Große Literatur.

Interview: Peter Kuleßa

Dr. Joseph Vogl

ist Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft und Medien an der Humboldt-Universität zu Berlin.

E-Mail: joseph.vogl@staff.hu-berlin.de